



Interpellation Nr. 346 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 6. Dezember 2007

Vorgehen der Polizei beim nicht bewilligten Strassenfest der „Aktion Freiraum“ vom 1. Dezember 2007

Am Samstag, 1.12.07, fand im Vögeligärtli eine Strassenparty der „Aktion Freiraum“ statt, die nicht bewilligt war. Die FestbesucherInnen wollten nach der Schliessung der Boa darauf hinweisen, dass es neue Freiräume für die Alternativkultur braucht. Die Stadt bot den OrganisatorInnen einen anderen Termin Ende Januar an. Darauf wollte die „Aktion Freiraum“ nicht einsteigen, weil ihr der Termin nicht aktuell genug war und schon viele Leute über den Termin vom 1.12. informiert worden waren. Der „Aktion Freiraum“ ging es darum, ein friedliches Strassenfest zu organisieren. In der Einladung wurde explizit der friedliche Charakter der Veranstaltung betont.

Es ist den OrganisatorInnen anzukreiden, dass sie ein heikles Datum gewählt haben.

Auf dem Platz des Vögeligärtlis und bei den kleineren Demogruppen, die von der Pilatusstrasse her kamen, waren nur friedliche DemonstrantInnen zu beobachten. Alle TeilnehmerInnen der Strassenparty verhielten sich ruhig und kooperativ, auch als die Polizei mit massivem Personal und Waffeneinsatz „Mehrzweckstöcken und Pfeffersprays“ die FestbesucherInnen einkesselte, um die Demonstration zu unterbinden. Die DemonstrantInnen liessen sich ohne Widerstand abführen, ohne zum Teil zu wissen, weshalb. Längst nicht allen war klar, dass es sich um eine nicht bewilligte Demonstration handelt. Unabhängig davon, ob die Verhafteten nun zu den DemoteilnehmerInnen zählten oder PassantInnen waren, ist die Polizei verpflichtet, ihre Mittel verhältnismässig einzusetzen.

Die Festgenommenen, darunter auch Unbeteiligte, mussten anschliessend während einer Nacht unhaltbare Zustände erdulden: überfüllte Zellen, schlechte Luft, Urinlachen auf dem Zellenboden, stundenlang keine Rechtsmittelbelehrung, stundenlanges Warten, nackt ausziehen, keine Verpflegung, anmassende Behandlung und sexistische Sprüche gegenüber jungen Frauen.

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen hat zu den folgenden Themen Fragen an den Stadtrat:

- zum massiven Eingreifen der Polizei (1.–4.)
- zur Gefährdung und realen Verletzungsgefahr vieler TeilnehmerInnen durch die Polizeiintervention (5.–6.)
- zu den unhaltbaren Zuständen der Haftbedingungen im Sonnenberg (7.–10.)
- zum weiteren Vorgehen (11.–12.)

1. Welche Kontakte wurden im Vorfeld zu den VeranstalterInnen der Strassenparty gepflegt? Welche Gespräche wurden geführt und welche Termin-Alternativen vor Januar wurden konkret angeboten?
2. Wer hat das Gewaltpotenzial dieser Veranstaltung im Vorfeld abgeschätzt und anhand welcher Hinweise? Welche Kriterien und Beurteilungsaspekte führten zum massiven Polizeieinsatz?
3. Warum wurde das Gewaltpotenzial dieser unbewilligten Demonstration dermassen falsch eingeschätzt? Wie ist es zu erklären, dass die Polizei in dieser zwar unbewilligten, aber friedlichen Zusammenkunft härter eingriff als bei Fussballspielen?
4. Weshalb wurden die Leute vor dem Eingreifen der Polizei nicht vorgewarnt, so dass die Möglichkeit zum Weggehen bestanden hätte?
5. Weshalb wurden Pfefferspray und Polizeimehrzweckstöcke eingesetzt und Verletzungen in Kauf genommen?
6. Weshalb wurden die friedlichen DemonstrantInnen, die sich widerstandslos festnehmen liessen, mit Kabelbindern versehen und in Zellen gesperrt?
7. Weshalb wurde den Inhaftierten nicht ermöglicht, die Toilette zu benutzen?
8. Weshalb mussten sich diese friedlichen DemonstrantInnen, die alle ohne Waffe unterwegs waren, nackt ausziehen?
9. Weshalb wurden sie nicht informiert (viele waren minderjährig und wussten nicht, dass die Strassenparty illegal war), was der Grund der Verhaftung war, und weshalb erhielten sie keine Rechtsbelehrung?
10. Welche Aufgabe hat der Zivilschutz übernommen? Warum haben Mitglieder des Zivilschutzes Einsicht in Personalakten bekommen, ohne dass diese zu einer Schweigepflicht verpflichtet worden sind?

11. Wie evaluiert die Sicherheitsdirektorin das Vorgehen der Polizei, inklusive Massenverhaftungen und Haftbedingungen?
12. Welche Massnahmen lassen sich für kommende Polizeieinsätze ableiten? Was wurde gelernt?

Christa Stocker Odermatt
Edith Lanfranconi-Laube und Hans Stutz
namens der G/JG-Fraktion